

Thomas Flemming



DIE BERLINER MAUER

GRENZE DURCH EINE STADT



**Mit Karte
des Mauer-
verlaufs**

BeBra Verlag

INHALT

EINE MAUER DURCH BERLIN	5
Die Grenze wird dicht gemacht	5
Die Lage in Ost-Berlin	18
Schüsse auf Flüchtlinge	22
 IM SCHATTEN DER MAUER	 33
Trennungen	33
»Halt! Grenzgebiet!« – Wohnen und arbeiten an der Mauer	36
 FLUCHT-AKTIONEN	 41
Tunnelfluchten	41
Schleusungen und Durchbrüche	46
»Grenzdurchbrüche sind zu verhindern«	50
Ausbau der Sperranlagen	56
 DIE MAUER WIRD DURCHLÄSSIG	 61
Passierscheinabkommen	61
Grenzgänger	64
Geisterbahnhöfe	66
Bahnhof Friedrichstraße	68
Neue Ostpolitik: Das Viermächteabkommen	71

AUFRÜSTUNG AN DER GRENZE	75
»Wartungsarm und formschön«	75
Die Grenztruppen der DDR	78
Tote Helden: Kult um erschossene Grenzsoldaten	84
Freiwillige Helfer der Grenztruppen	86
 HUNDERT JAHRE MAUER?	 91
Gewöhnung und Verdrängung	91
Von Ost nach West, von West nach Ost	92
Hart an der Grenze: Exklaven und Idyllen	98
Jugendproteste in Ost-Berlin	100
»High-Tech-Mauer 2000«	104
 DER FALL DER MAUER	 109
Ein System löst sich auf	109
Der 9. November 1989	112
Die Geschichte eines Zettels	120
Das Ende des Grenzregimes	122
 DAS VERSCHWINDEN DER MAUER	 125
Mauerschützen- und andere Prozesse	125
Abriss und Verwertung	129
Streit um die Erinnerung	131
 ANHANG	 135
Chronologie	135
Anmerkungen	138
Karte des Mauerverlaufs	142



EINE MAUER DURCH BERLIN

DIE GRENZE WIRD DICHT GEMACHT

Um 1.11 Uhr unterbricht der Ost-Berliner Rundfunk seine »Melodien zur Nacht« für eine Sondermeldung:

»Die Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten wenden sich an die Volkskammer und an die Regierung der DDR mit dem Vorschlag, an der Westberliner Grenze eine solche Ordnung einzuführen, durch die der Wühltätigkeit gegen die Länder des sozialistischen Lagers zuverlässig der Weg verlegt und rings um das ganze Gebiet Westberlins eine verlässliche Bewachung gewährleistet wird.«

Die geschraubte Erklärung hat eine klare Bedeutung: West-Berlin wird abgeriegelt. Aber wer hört im Westen schon SED-Funk ...

Es ist Sonntag, der 13. August 1961. Am Brandenburger Tor gehen um 1.05 Uhr plötzlich die Lichter aus. Bewaffnete DDR-Grenzpolizisten und Angehörige der Kampfgruppen ziehen auf und postieren sich an der innerstädtischen Demarkationslinie. Im Scheinwerferlicht von Militärfahrzeugen reißen sie das Straßenpflaster auf und errichten Stacheldrahtbarrieren. An vielen Stellen in und um Berlin die gleichen Szenen: Grenzpolizisten, Schützenpanzer, Stacheldraht, Betonpfähle.

Der Westen ahnt zu diesem Zeitpunkt noch nichts von der dramatischen Entwicklung an den Sektorengrenzen. Im Lagezentrum der West-Berliner Polizei am Tempelhofer Damm richtet sich Oberkommissar Hermann Beck auf einen Routinedienst ein.

Gegen 2.00 Uhr kommt eine Meldung, mit der Beck zunächst nichts anzufangen weiß. Irritiert trägt er ins Wachbuch ein: »13.8.1961, 1.54 Uhr. Polizeirevier Spandau teilt mit, daß der S-Bahn-Zug aus Richtung Staaken in Richtung Berlin auf sowjetzонаles Gebiet zurückgeführt wurde. Die Fahrgäste mußten aussteigen und erhielten ihr Fahrgeld zurück.« Nur eine Minute später ein weiterer Anruf, aus Wedding: »1.55. Einstellung des S-Bahn-Verkehrs am Bahnhof Gesundbrunnen in beiden Richtungen.« Nun geht es Schlag auf Schlag. Auch Schönholz, Wannsee, Stahnsdorf melden die Unterbrechung des S-Bahn-Verkehrs.

Die ab 2.20 Uhr in kurzer Folge einlaufenden Meldungen werden immer bedrohlicher: »15 Militärlastwagen mit Vopos an der Oberbaumbrücke«. »Panzerspähwagen an der Sonnenallee«. »Am Brandenburger Tor Hunderte Vopos und Grenzer mit Maschinenpistolen«. Beck gerät an den Rand einer Panik. Ist das der befürchtete Angriff auf West-Berlin? Soll er jenen versiegelten Umschlag aus dem Panzerschrank holen und den geheimen Alarmplan für die Verteidigung von West-Berlin auslösen, der die westlichen Hauptstädte binnen weniger Minuten in Aufruhr versetzen würde? Eine viertel Stunde lang ringen Beck und sein Vorgesetzter um die folgeschwere Entscheidung. Als bis 2.45 Uhr in den telefonischen Lageberichten weiterhin von »Truppenansammlungen« und »Absperrungen« die Rede ist, nicht aber vom »Vorrücken auf West-Berliner Gebiet«, entschließen sie sich, erst einmal »kleinen Alarm« zu geben.

Sämtliche 13 000 West-Berliner Polizisten werden in dieser Nacht aus dem Schlaf geklingelt. Ein ehemaliger Polizeihauptmann über die dramatischen Augenblicke am Brandenburger Tor:



Wasserwerfer der Ost-Berliner Volkspolizei sichern die Errichtung der Sperranlagen am Brandenburger Tor.

»Wir haben erst gedacht, die überrennen uns und marschieren in West-Berlin ein, aber die blieben auf den Zentimeter genau an der Sektorengrenze stehen.«¹

Es ist eine generalstabsmäßig geplante und ausgeführte Aktion, die von einem im Westen kaum bekannten SED-Funktionär geleitet wird – Erich Honecker. Bei dem 49-jährigen Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates laufen in dieser Nacht alle Fäden zusammen. Sein Lagezentrum befindet sich im Polizeipräsidium am Alexanderplatz, wo er über Telefon und durch Kuriere laufend Berichte zum Fortgang der Sperrmaßnahmen entgegennimmt und Anweisungen an die Kommandeure ausgibt. An der Absperrung von West-Berlin sind in dieser Nacht unmittelbar rund 10 500 Einsatzkräfte von Volks- und Grenzpolizei und Angehörige der Kampfgruppen beteiligt. Hinzu kommen mehrere



Ost-Berlin ist abgeriegelt

S- und U-Bahn unterbrochen An allen Sektorengrenzen Stacheldraht – Straßensperren Volksarmee rund um Berlin

In der letzten Nacht hat Ulbricht die Sowjetzone endgültig zum KZ gemacht. Um 2 Uhr 30 riegelten Volkspolizisten

und Volksarmisten, die mit automatischen Waffen ausgerüstet waren, die Grenzen zwischen Ost- und Westberlin ab.

Während an allen Sektorenübergängen Stacheldrahtverhaue gezogen und mit Prüflüthämmern die Straßendecken aufgerissen wurden, gab der kommunistische Rundfunk eine Erklärung der Sowjetzonenregierung bekannt.

Danach hat die Sowjetzone in Übereinstimmung mit den Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten beschlossen, an den Grenzen der Zone einschließlich der Grenze zu den Westberliner Sektoren Kontrollen einzuführen wie sie an den Grenzen jedes souveränen Staates üblich ist.

Diese Grenze darf nach der Erklärung der Sowjetzonenregierung von Bewohnern Ost-Berlins und der Zone nur noch mit einer besonderen Bescheinigung passiert werden.

Auf fast allen Bahnhöfen in Ost-Berlin sind starke Einheiten der Zonen-Transportpolizei postiert worden. „Volkspolizisten“ und „Volksarmisten“ beobachten auch die U-Bahn-Eingänge. Ebenso sind die

wichtigsten Regierungs- und Verwaltungsgebäude von starken Polizeikräften besetzt worden.

Die Absperrung der Sektorengrenzen, das Aufstellen der spanischen Reiter und das Aufreißen des Straßenpflasters geschieht unter Leitung von Offizieren der sogenannten Volksarmee.

Auf der Berliner Stadtbahn beginnen und enden die S-Bahn-Züge nach und aus Richtung Osten auf Bahnsteig C des Bahnhof Friedrichstraße, das Hauptgebäude des Bahnhofs Friedrichstraße, das von starken Vopo-Einheiten besetzt worden ist, kann nur nach einer Kontrolle verlassen werden.

Auch die U-Bahnhöfe Potsdamer Platz, Warschauer Brücke, Walter-Ulbricht-Stadion, Nordbahnhof, Französische Straße, Oranienburger Tor sowie Janowitzbrücke, Bernauer Straße, Rosenthaler Platz, Weinmeisterstraße und der Bahnsteig D des Bahnhofs Alexanderplatz sind geschlossen.

Auf Anweisung des Sowjetzonenministers des Innern Marohn (SED) sollen für den Verkehr zwischen Ost- und West-Berlin von sofort an folgende Bestimmungen gelten:

Für den Fußgänger- und Autoverkehr zwischen Ost- und West-Berlin bleiben folgende Übergänge geöffnet:

Kopenhagener Straße	
Wollankstraße	
Bornholmer Straße	
Brundenstraße, Chausseestraße	
Brandenburger Tor	
Friedrichstraße	
Heinrich-Heine-Straße	
Oberbaumbrücke	Eisenstraße
Puschkin-Allee	Rudower Straße.

Bewohner Ost-Berlins benötigen von sofort an für den Besuch in West-Berlin eine Genehmigung ihres zuständigen Volkspolizeikreisamtes.

Der Leiter der Ostberliner Verwaltung Ebert hat in einer Bekanntmachung allen Ostberlinern, die als Grenzgänger in West-Berlin arbeiten, verboten, weiterhin ihre Beschäftigung im freien Teil der Stadt auszuüben.

Nach Auskunfts der Westberliner Polizei- und Zollbehörden am Kontrollpunkt Dreilinden verläuft der Interzonenverkehr zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik in beiden Richtungen normal und reibungslos.

Verantwortlich für den Inhalt: Rudolf Schmidt,
Druck: Druckhaus Tempelhof

»Ost-Berlin ist abgeriegelt« – In einem »Extrablatt« berichtet die in West-Berlin erscheinende Berliner Morgenpost über die Grenzschießung.



Soldaten der NVA sichern am 13. August 1961 die Straßensperre an der Bernauer Straße.

Hundert Stasi-Mitarbeiter sowie zwei motorisierte Schützendivisionen der NVA (zusammen rund 8 000 Mann), die allerdings Befehl haben, sich der Grenze in einer »zweiten Sicherungsstaffel« nur bis auf 1 000 Meter zu nähern.

Alles verläuft nach Plan. Von den 81 Straßenübergangsstellen sind nur noch 12 passierbar, der Rest mit Stacheldraht abgesperrt. Der S- und U-Bahn-Verkehr zwischen beiden Teilen Berlins sowie ins Umland ist unterbrochen. Am 23. August wird die Zahl der Grenzübergänge auf sieben reduziert: Friedrichstraße, Bornholmer Straße, Chausseestraße, Invalidenstraße, Heinrich-Heine-Straße, Oberbaumbrücke, Sonnenallee und Friedrichstraße/Zimmerstraße (Checkpoint Charlie).

Walter Ulbricht hat sein politisches Ziel erreicht. Der Fluchtweg über die Berliner Sektorengrenze, auf dem in den vergan-

genen Jahren mehr als 1,6 Millionen DDR-Bürger in den Westen gegangen waren, ist versperrt. Es hatte den SED-Chef in den vergangenen Monaten und Tagen einige Mühen gekostet, den sowjetischen Partei- und Staatschef Chruschtschow und die anderen Ostblock-Führer davon zu überzeugen, dass nur die Abriegelung von West-Berlin den Flüchtlingsstrom stoppen und ein »Ausbluten« der DDR verhindern könne.

Am 12. August 1961 gegen 16.00 Uhr unterzeichnet Ulbricht die entsprechenden Befehle. Die Operation nimmt ihren Lauf.

Auch die Einweisung der bis dahin ahnungslosen NVA-Kommandeure erfolgt erst am 12. August durch Verteidigungsminister Heinz Hoffmann. Um 20.00 Uhr ergeht an sie der Befehl, »die bewaffneten Kräfte des Ministeriums des Innern bei der Sicherung der Sektorengrenzen und am Außenring von Westberlin zu unterstützen. Die Truppenteile der Nationalen Volksarmee bilden in den befohlenen Abschnitten mit Kräften der 1. und 8. MSD (motorisierte Schützendivision, d. Verf.) eine zweite Sicherungsstaffel in einer Tiefe von ca. 1 000 m von der Grenze.«²

Für die sowjetischen Truppen um Berlin gilt in jener Nacht Alarmstufe 1. Doch sollen sie bei der gesamten Operation nach Möglichkeit überhaupt nicht in Erscheinung treten.

Ulbricht und Honecker haben bei den Vorbereitungen der Grenzschießung fast alle Führungskräfte in Partei und Staat übergangen. Auch die Vorsitzenden der sogenannten Blockparteien wissen von nichts, als sie am Abend des 12. August auf Einladung von Ulbricht in dessen Sommerresidenz nach Groß-Dölln, 75 Kilometer nördlich von Berlin, zum Essen kommen. Erst gegen 22.00 Uhr wird den einigermaßen verblüfften Gästen mitgeteilt, dass die Schließung der Sektorengrenze zu West-Berlin unmittelbar bevorstehe.

Es ist eine warme Augustnacht nach einem heißen Samstag. Um 2.30 Uhr erhält Allan Lightner, oberster Vertreter der US-Re-



»Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.« – Noch im Juni 1961 leugnet DDR-Staatschef Walter Ulbricht bei einer Pressekonferenz seine Pläne.

gierung in Berlin, telefonisch die Information über die Sperrung der Sektorengrenze – und legt sich wieder schlafen. Man solle ihn wecken, sobald es neue Entwicklungen gebe. Der CIA-Mitarbeiter John Kenney erfährt um 3.30 Uhr über eine Radiomeldung des RIAS, dass die Grenze geschlossen ist. Als er wenig später im CIA-Hauptquartier in Dahlem eintrifft, erwartet er eigentlich hektisches Treiben. Doch im ganzen Gebäude ist es ruhig, von Alarmstimmung keine Spur.

Unterdessen hat Richard Smyser, Mitarbeiter der US-Mission, den Auftrag erhalten, sich in Berlin »umzusehen«. Gegen 3.30 Uhr trifft er am Potsdamer Platz ein. Von den dort postierten Grenzpolizisten verlangt er Auskünfte über das Geschehen – und freie Durchfahrt. Nach kurzem Wortwechsel wird tatsächlich der Stacheldraht beiseitegeschoben, so dass Smyser mit seinem

Auto passieren kann. Auf den dämmrigen Straßen Ost-Berlins sieht er Militärfahrzeuge, Schützenpanzer und LKW mit Stacheldraht und Betonpfählen; aber er sieht keinen einzigen sowjetischen Panzer.

In Washington treffen die ersten Nachrichten aus Berlin kurz nach 5.00 Uhr MEZ (gegen Mitternacht Ortszeit) ein. Als Erster wird John Ausland, Mitarbeiter im US-Außenministerium, informiert. Er hört sich den Telefonbericht an und geht wieder zu Bett. Vier Stunden später erhält er ein CIA-Telegramm aus Berlin, welches das Code-Wort zur sofortigen Unterrichtung des Präsidenten enthält. Nun eilt Ausland ins State Departement und sucht in den Unterlagen hektisch nach Plänen für den vorliegenden Fall. Nach längerem Suchen findet er endlich einen Ordner mit der entsprechenden Aufschrift »Border closure« – er ist leer.

US-Präsident Kennedy wird um 12.30 Uhr Ortszeit an Bord seiner Yacht in Hyannis Port in Kenntnis gesetzt. Er ist zunächst ungehalten, erst jetzt von den Berliner Ereignissen zu erfahren, beruhigt sich jedoch rasch. Mit Außenminister Dean Rusk entwirft er eine Presseerklärung und sagt dann: »Ich gehe jetzt segeln. Gehen Sie wie geplant zu Ihrem Baseball-Spiel.« In der Presseerklärung heißt es: »Die Absperrung Ost-Berlins ist eine für alle Welt sichtbare Niederlage des kommunistischen Systems. Das ostdeutsche Ulbricht-Regime ist für die unmenschliche Einsperrung der eigenen Landsleute vor aller Welt verantwortlich.«

In vertraulicher Runde macht Kennedy aus seiner Erleichterung über die Entwicklung keinen Hehl. »Chruschtschow hätte doch keine Mauer bauen lassen, wenn er wirklich West-Berlin will. Wenn er die ganze Stadt besetzt, dann braucht er keine Mauer. ... Keine besonders angenehme Lösung, aber eine Mauer ist verdammt noch mal besser als ein Krieg.«³ Zudem waren die »drei Essentials« der amerikanischen Berlin-Politik nicht berührt – 1. Präsenz der Westalliierten in Berlin, 2. freie Zugangs-



US-amerikanische Militäranghörige beobachten aufmerksam das Geschehen an der abgeriegelten Sektorengrenze, hier am Checkpoint Charlie.

wege, 3. Selbstbestimmungsrecht der West-Berliner. Für Washington bestand somit wenig Anlass zu energischem Handeln.

In West-Berlin sieht man die Dinge an diesem 13. August völlig anders. Der Regierende Bürgermeister Willy Brandt befindet sich nicht in der Stadt, sondern in einem Wahlkampfsonderzug auf der Fahrt von Nürnberg nach Hannover. Brandt ist SPD-Kanzlerkandidat für die im September 1961 anstehenden Bundestagswahlen. Um 4.30 Uhr wird er von Heinrich Albertz, dem Chef der Senatskanzlei, geweckt. Mit dem ersten Flugzeug kehrt Brandt nach Berlin zurück.

»Am Flughafen Tempelhof empfangen mich Albertz und Polizeipräsident Stumm. Wir fahren zum Potsdamer Platz und ans Brandenburger Tor und sahen überall das gleiche Bild: Bauarbeiter, Hindernisse, Betonpfähle, Stacheldraht, Militärs der DDR. Im



Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt (Mitte), macht sich am 13. August u. a. am Brandenburger Tor ein Bild von der Lage.

Rathaus Schöneberg entnahm ich den Meldungen, daß rings um die Stadt sowjetische Panzer in Bereitschaft gegangen seien und Walter Ulbricht den mauerbauenden Einheiten bereits gratuliert habe ...«⁴

Noch am Vormittag fährt Brandt zu den westlichen Stadtkommandanten in den Villenvorort Dahlem. Er fragt eindringlich, was die Westalliierten zu tun gedächten, und erntet zunächst betretenes Schweigen. In wachsender Erregung fordert der Regierende Bürgermeister wenigstens einen scharfen Protest in Moskau und fügt hinzu:

»Schickt mindestens sofort Patrouillen an die Sektorengrenze, um dem Gefühl der Unsicherheit zu begegnen und den West-Berlinern zu zeigen, daß sie nicht gefährdet sind!« Das immerhin veranlassen die drei Stadtkommandanten. Ansonsten sehen



An vielen Stellen, wie hier zwischen Neukölln und Treptow, ist Berlin zunächst durch Maschendrahtzäune getrennt. Vorn ein West-Berliner Polizist.

sie wenig Grund zu Aktivitäten, zumal sie auf Instruktionen aus ihren Hauptstädten warten.

In der Bevölkerung verbreitet sich das Gefühl, im Stich gelassen zu werden. »Der Westen tut nichts« titelt die »Bild-Zeitung« am 16. August und bringt damit die Gefühle einer halben Stadt zum Ausdruck. In dieser Situation entschließt sich Brandt zu einem ungewöhnlichen Schritt: Er schickt – unter Umgehung des US-Stadtkommandanten – ein Telegramm an US-Präsident Kennedy. In fast undiplomatischer Direktheit fordert der Regierende Bürgermeister Aktionen:

»1. Untätigkeit und reine Defensive könnten eine Vertrauenskrise zu den Westmächten hervorrufen. 2. Untätigkeit und reine Defensive könnten zu übersteigertem Selbstbewußtsein des Ostberliner Regimes führen ...«



»Schießt nicht auf eure Landsleute!«: Willy Brandt appelliert am 16. August vor dem Rathaus Schöneberg an die Funktionsträger und Militärs im Osten.

Am Nachmittag des 16. August haben sich rund 300 000 West-Berliner vor dem Schöneberger Rathaus zu einer Protestkundgebung versammelt. Die Stimmung ist aufgeheizt. Auf Plakaten ist zu lesen: »Wir sind schutzbedürftig. Wo sind die Schutzmächte?« – »Genug der Proteste. Jetzt laßt Taten sprechen« – »Vom Westen betrogen«.

Brandt steht vor einer überaus schwierigen Aufgabe. Einerseits muss er die Gefühle der Menschen ansprechen, andererseits verhindern, dass es zu einer Verschärfung der Lage und zu unbedachten Handlungen an den Sperranlagen kommt. Mit seiner Rede trifft er den richtigen Ton: »Die Sowjetunion hat ihrem Kettenhund Ulbricht ein Stück Leine gelassen. Sie hat ihm gestattet, seine Truppen einmarschieren zu lassen in den Ostsektor dieser Stadt. ... Die Proteste der drei westlichen Kommandanten waren



Über den Grenzübergang Helmstedt schicken die USA 1500 GIs zur Verstärkung ihrer Militärpräsenz nach West-Berlin.

gut, aber dabei allein darf es nicht bleiben!« An Funktionsträger und Militärs der DDR richtet er einen dringlichen Appell: »Laßt euch nicht zu Lumpen machen! Zeigt menschliches Verhalten, wo immer es möglich ist, und vor allem, schießt vor allem nicht auf eure Landsleute! ... Diese Stadt Berlin wünscht den Frieden, aber sie kapituliert nicht.«

Unterdessen treffen in Washington alarmierende Berichte aus West-Berlin ein. Ein Mitarbeiter des State Departement telegraphiert: »Es besteht die Gefahr, daß jene leicht verderbliche Ware zerstört wird, die man Hoffnung nennt.«⁵ In dieser Lage entschließt sich Kennedy zu zwei symbolischen Aktionen. Er schickt 1 500 GI's zur Verstärkung der US-Garnison über die Autobahn von Helmstedt nach Berlin, wo sie von der Bevölkerung stürmisch begrüßt werden. Und er entsendet seinen Vize-

präsidenten Lyndon B. Johnson in die abgeriegelte Stadt. Als Johnson am 19. August auf dem Flughafen Tempelhof eintrifft, ist er überwältigt von dem triumphalen Empfang. Hunderttausende säumen die Straßen auf seiner Fahrt durch die Westsektoren.

DIE LAGE IN OST-BERLIN

Während die Bilder der Wut und des Protestes der West-Berliner um die Welt gehen, dringt über die Situation im Ost-Sektor kaum etwas nach außen. »Straßenbahnen fahren vorbei, olivgrüne Militärlastwagen, auf denen Uniformierte saßen mit eisernen Mienen«, beschreibt der Schriftsteller Klaus Schlesinger rückblickend den 13. August. »Überall dasselbe Bild, Sperrketten bewaffneter Kampfgruppen und auf beiden Seiten Menschen. Ich ... lief instinktiv die Straßen in Grenznähe entlang ... überall Menschen vor bröckelnden Fassaden, Kopfschütteln und heftige Armbewegungen. An einer Ecke standen Frauen und sahen hinüber auf die andere Seite. Eine rief: Verwandte ersten Grades dürfen immer, Verwandte zweiten Grades nur auf Genehmigung.«⁶

Die DDR-Presse verbreitet nichts als Jubelmeldungen und Solidaritätsbekundungen. Das »Neue Deutschland«, 14. August: »Wir können aufatmen – Wehe dem, der frech wird!«, werden »Werkstätige der DDR und ihrer Hauptstadt« zitiert. Heute zugängliche Geheimberichte der SED-Kreisleitungen geben Einblick in die Stimmungslage der Ost-Berliner Bevölkerung unmittelbar nach der Grenzschließung. Diese »Informationsberichte«⁷ zeigen ein erstaunlich ungeschminktes Bild von den Reaktionen in den Stadtbezirken. Recht drastisch führen die zentral ausgewerteten und an Ulbricht weitergeleiteten Meldungen der SED-Führung vor Augen, was viele Menschen in Ost-Berlin vom »antifaschistischen Schutzwall« tatsächlich halten.



SED-Propagandafoto. Mitglieder der Jugendorganisation FDJ »danken« zwei Tage nach Beginn des Mauerbaus den Soldaten einer Panzereinheit für ihren Einsatz.

Wollankstraße, Bezirk Pankow, am Morgen des 13. August, 10.30 Uhr. Der Informant berichtet: »So schrie eine Frau: ›Gehen wir doch in die Straßenmitte und machen einen gewaltsamen Durchbruch. Wir sind alles Deutsche, wir wollen rüber zu unseren Brüdern.« Andere Jugendliche brüllten: ›Eine Schande, daß ihr Euch dafür hergebt, die Grenze zu bewachen und uns nicht hinüberzulassen. Ihr seid keine Deutschen.«

Etwas kleinlaut heißt es in einem Bericht aus Weißensee, ebenfalls vom 13. August: »Es gibt eine ganze Reihe, doch im Verhältnis doch nur einzelne, offene Zustimmungserklärungen.« Und: »Es gibt eine ganze Anzahl von negativen Äußerungen. Sie haben im wesentlichen folgenden Inhalt: – Vertiefung der Spaltung durch uns, – Beschränkung der Freiheit, – das ist keine Demokratie, in einer Anzahl Gesprächen kommt erneut die Kriegsangst zum Ausdruck.«



Ost-Berliner Volkspolizisten verstärken die Absperungen an der Sektorengrenze mit Stacheldraht.

An vielen Orten greift das Regime bei den ersten Ansätzen von Kritik hart durch: »Auf dem Bahnhof Schönhauser Allee wurde ein Provokateur verhaftet, der u.a. auftrat: ›Bei uns gibt es keine Demokratie‹, und er wird schon ein Loch finden, wie er rüberkommt.«

»In der Straßenbahnlinie 69 E wurde in der Nähe des Tierparks von einem BVG-Angehörigen ... provoziert: ›Die müssen aber Angst haben, 300 Panzer sind im Einsatz und die Schienen haben sie aufgeschweißt.‹ Als ihm ein Genosse entgegentrat, jammerte er um Bananen für seine Kinder usw. ... Der Genosse wurde darauf hingewiesen, wie mit solchen Provokateuren in Zukunft zu verfahren ist.«

Wie die »Informationsberichte« zeigen, gibt es vielfältige Formen des Protests: »Im PKB Kohle wurde ein Mitglied der

Kampfgruppe verhaftet, weil er sich in provokatorischer Weise gegen die Partei und Regierung äußerte und Befehle verweigerte. An einigen Punkten gab es »Zufälligkeiten« mit Arbeitspausen, gerade zu der Zeit, als der DGB in Westberlin zum sogenannten Proteststreik aufrief. Z. B. im VEB Heizkraftwerk wurde zu dieser Zeit der Riemen an einer Maschine ... ausgewechselt, so daß die Maschinen ausfielen. Auch im VEB Milchhof wurde um 11.00 eine Maschine repariert und bewirkte damit eine ... Arbeitsstille. An der Werkmauer des OWL, Treptow, wurde in den Mittagsstunden des 15.8. die Losung angemalt: »Jetzt haben wir das Zuchthaus in Berlin.« Die Täter wurden noch nicht ermittelt.«

Die SED schickt in den kritischen Tagen auch mehrere Dutzend »Agitatoren« auf die Straße, die sich in Diskussionen einmischen und größere Menschenansammlungen zerstreuen sollen. Sie haben keinen leichten Stand.

Vereinzelt kommt es zu offener Verweigerung: »Der Genosse Danis (...) hat verweigert, an der Sektorengrenze zu mauern. Er wurde sofort von der Brigade isoliert, sein Dokument (SED-Parteibuch, d. Verf.) ... wurde ihm später abgenommen.«

Und es gibt auch offenen Protest und Befehlsverweigerung von Volkspolizisten und Grenzposten. So erscheint am 15. August ein Offizier der Volkspolizei nicht zum Dienst. »Obwohl er in der Aussprache auf sein politisch falsches Verhalten hingewiesen wurde, reagierte er mit der Abgabe des Parteidokumentes und Dienstbuches darauf. Die erforderlichen Maßnahmen wurden veranlaßt.« Nach einer für Ulbricht gemachten Aufstellung wurden bis Ende August im Zusammenhang mit Protesten gegen die Grenzschließung allein in Ost-Berlin 2 192 Personen festgenommen, 691 Personen für längere Zeit inhaftiert. Durch den gezielten Einsatz von Polizei und Stasi gelang es der SED-Führung bis etwa Oktober 1961, Kritik und Protest weitgehend zum Schweigen zu bringen.

SCHÜSSE AUF FLÜCHTLINGE

Nach Schließung der Grenzen geraten zahlreiche Ost-Berliner und DDR-Bürger in Panik. »Jetzt oder nie« sagen sich viele und entschließen sich zur spontanen Flucht. In den Tagen und Wochen nach dem 13. August kommt es zu einem makabren Wettlauf zwischen Flüchtlingen und den Grenztruppen, die Stacheldraht und Mauer immer unüberwindlicher zu machen suchen. Die Fluchtenden überspringen den Stacheldraht, kriechen durch Absperrzäune, durchbrechen mit Fahrzeugen die Grenze oder schwimmen durch Spree und Teltow-Kanal. Bis Mitte September gelangen auf diese Weise noch mehr als 600 Menschen, darunter ganze Familien mit Kindern, nach West-Berlin.

Besonders spektakulär verlaufen Fluchtaktionen an der Bernauer Straße, wo die Fassaden mehrerer Wohnhäuser die Sektorengrenze bilden. Unter den Augen dort versammelter West-Berliner nutzen viele Ost-Berliner diese Häuser zur Flucht. Sie springen aus den Fenstern, seilen sich ab oder lassen sich in Sprungtücher der West-Berliner Feuerwehr fallen. Wiederholt kommt es dabei zu dramatischen Situationen, beispielsweise am 24. September 1961, als Volkspolizei und Stasi-Leute eine 77-jährige Frau, die bereits aus einem der Fenster geklettert ist, zurückzuzerren versuchen. Am 22. August 1961 springt die 59-jährige Ida Siekmann in der Bernauer Straße aus dem dritten Stock, verfehlt eine bereit gelegte Matratze und erleidet bei dem Aufprall tödliche Verletzungen. Ein 57-jähriger Mann erleidet am 19. August beim Abseilen schwere Verletzungen, an deren Folgen er am 17. September 1961 stirbt.

Diese Flüchtlinge sind die ersten Todesopfer an der Berliner Mauer.

Als Gegenmaßnahme verfügt die Volkspolizei, dass ab dem 24. September 1961 die rund 2 000 Bewohner der Bernauer Stra-



Dramatische Szene an der Grenze. DDR-Volkspolizisten versuchen, eine Frau zurückzuzerren, die aus einem Fenster auf West-Berliner Gebiet flüchten will.

ße innerhalb von vier Tagen ihre Wohnungen zu räumen haben. Hauseingänge und Fenster werden zugemauert. Die SED-Kreisleitung fordert, sämtliche Mieter in der Bernauer Straße, der Luckauer und der Liesenstraße umzusiedeln. »Eher wird es in diesem Gebiet, was die Grenzdurchbrüche betrifft, keine Ruhe geben.«

Am 15. August werden Journalisten an der Bernauer Straße Zeugen einer Aufsehen erregenden Flucht: Einer der Grenzpolizisten verhält sich merkwürdig. Mehrmals tritt er an die Stacheldrahtbarriere und drückt sie mit der Hand ein Stück herunter. Der Grenzer nähert sich dem Stacheldraht, einige Minuten verstreichen, dann geht es blitzschnell. Er nimmt Anlauf und überspringt den Stacheldraht. Noch im Sprung lässt er seine MP fallen, dann verschwindet er in einem Mannschaftswagen der West-Berliner Polizei. Das Bild des ersten geflüchteten Grenzpolizisten, des 19-jährigen Conrad Schumann, geht um die Welt.

An den Sperr- und Bewachungsmaßnahmen sind im August 1961 rund 18 000 Mann (NVA, Volkspolizei, Angehörige der Kampfgruppen, Grenzpolizei, Transportpolizei) beteiligt. Den Inhalt ihres Auftrags haben sie erst unmittelbar am Einsatzort erfahren; mit den physischen und psychischen Belastungen ihres Dienstes müssen sie zunächst allein fertig werden. Die Einsatzleitung um Honecker hat zunehmend Grund zur Sorge um Motivation und psychische Verfassung der Grenzsoldaten. Fälle von Fahnenflucht häufen sich. Mit der Moral der Posten steht es nicht zum besten.

Am 18. August wird gemeldet, dass die »parteipolitische Arbeit mit den Sicherungskräften« noch »nicht befriedigend« sei.⁸ Umgehend wird der bewährte Propagandist Karl-Eduard von Schnitzler abkommandiert, um die wacklige ideologische Haltung der Truppen zu stärken. Auch das kann aber nicht verhindern, dass die Zahl der Desertionen weiter zunimmt.



DDR-Grenzsoldaten sollen den Ausbau der Sperranlagen sichern und Fluchtversuche verhindern. Einige von ihnen nutzen aber selbst die erste Gelegenheit zur Flucht.

Allein in den ersten sechs Wochen nach Grenzschließung flüchten 85 DDR-Grenzpolizisten in Berlin in den Westen. Als Konsequenz aus der hohen Zahl der Fahnenfluchten werden die politisch-ideologische Schulung der Grenztruppen intensiviert und Überwachung und Sanktionen in den Grenzregimentern verstärkt. Es sollen fortan nur noch Zweier- oder Dreier-Patrouillen, zur gegenseitigen Kontrolle, eingesetzt werden.

Am Nachmittag des 24. August 1961 läuft der 24-jährige Schneider Günter Litfin am Bahnhof Friedrichstraße unterhalb der Bahngleise in Richtung Grenze. Ein Posten der DDR-Transportpolizei (Trapo) fordert ihn auf, stehenzubleiben und gibt zwei Warnschüsse ab. Litfin springt ins Wasser des Humboldthafens, um schwimmend nach West-Berlin zu gelangen. Militä-

risch knapp und kalt schildert der Bericht des Trapo-Abschnittleiters das weitere Geschehen: »Nachdem eine MPI-Salve von drei Schuß einige Meter vor dem Grenzverletzer ins Wasser abgefeuert wurde und dieser nicht umkehrte, erfolgte die Abgabe von zwei gezielten Schüssen, worauf der Grenzverletzer unterging.«¹⁰ Zwei Stunden später wird die Leiche von Vopos aus der Spree geborgen.

Fluchtversuche – im Jargon der Grenztruppen »Grenzdurchbrüche« genannt – werden zunehmend schwieriger und gefährlicher. Am 29. August wird ein Mann beim Versuch, den Teltow-Kanal zu durchschwimmen, erschossen. Am 13. Oktober wird ein Flüchtling an der Grenze zwischen Potsdam-Babelsberg und West-Berlin von Angehörigen der Transportpolizei erschossen. Bis Ende Oktober 1961 kommen an der Grenze zu West-Berlin 15 Menschen zu Tode.

Jede bekannt gewordene Flucht wird von den Grenztruppen der DDR genau registriert. Benutzte Hilfsmittel, z.B. PKW oder Boote, werden ebenso festgehalten wie die näheren Umstände der Flucht. Diese Informationen werden von den Führungsstäben ausgewertet und den Planungen zum weiteren Ausbau der Grenzbefestigungen zugrundegelegt. Obwohl die Organisation des Grenzregimes und der weitere Ausbau der Sperranlagen rasch voranschreiten, verzeichnen die Grenztruppen allein bis zum 18. September 1961 insgesamt 216 Durchbrüche mit 417 beteiligten Personen. Auf einer Sitzung des »Zentralen Stabes« am 20. September 1961 moniert Honecker namens des Politbüros »noch bestehende unzulängliche Pioniermaßnahmen zur Sicherung der Staatsgrenze in Berlin«. Den Kommandeuren der Grenztruppen gibt er die Anweisung, an der Grenze künftig konsequent durchzugreifen. »Alle Durchbruchversuche müssen unmöglich gemacht werden.«¹¹ Zur Verhinderung von Fluchtversuchen sollte, laut Protokoll der Politbürositzung vom 22. August 1961, wenn



Auf der West-Seite in Kreuzberg (links) scheinbar normaler Alltag. Für die Menschen in Ost-Berlin (rechts) ist die Mauer eine tödliche Barriere zur Verhinderung von Fluchtversuchen.

es keine andere Möglichkeit zur Festnahme mehr gebe, auch gezielt geschossen werden. »Gegen Verräter und Grenzverletzer ist die Schußwaffe anzuwenden. ... Beobachtungs- und Schußfeld ist in der Sperrzone zu schaffen.«

Eine Grenztruppen-Statistik listet für den Monat Oktober 1961 trotzdem noch 85 »Grenzdurchbrüche« auf (»49 einfache Fälle; 36 schwere Fälle«), bei denen insgesamt 151 Personen (in den Akten genau nach Geschlecht und Alter aufgeteilt) die Flucht nach West-Berlin gelang. In der Kategorie »Richtung« sind zwei Spalten aufgeführt: »DDR – West« und »West – DDR«. Letztere bleibt allerdings leer. Als häufigste Fluchtmethoden werden in der Statistik »Zerschneiden« oder »Durchkriechen der Drahtsperr« und »Überklettern der Mauer« genannt.

Fraglos waren die Grenzposten verpflichtet, zur Verhinderung von »Grenzdurchbrüchen« in letzter Konsequenz auch gezielte Schüsse abzugeben. Dies sollte aber nach dem Willen der Verantwortlichen in Partei und Militär nur ultima ratio sein; nicht zuletzt mit Blick auf den Schaden für das internationale Ansehen der DDR sollten Schüsse an Mauer und innerdeutscher Grenze möglichst vermieden werden. Das Grenzsicherungssystem wird auch darum immer tiefer gestaffelt und engmaschiger gestaltet – mit mehreren Sperrzonen, dem Einsatz von »Freiwilligen Helfern« etc. –, um zu verhindern, dass Flüchtlinge überhaupt in die Nähe von Sperrzaun und Mauer gelangen.

Im Mai 1962 kommt es bei einem spektakulären Zwischenfall an der Mauer zu einem regelrechten Feuergefecht zwischen DDR-Grenzern und West-Berliner Polizisten. Ein erst 15-jähriger Junge aus Thüringen, Wilfried T., springt gegen 17.45 Uhr in den Spandauer Schifffahrtskanal, um nach West-Berlin zu schwimmen. DDR-Grenzposten eröffnen das Feuer. Trotz mehrerer Schusswunden kann Wilfried T. das westliche Ufer erreichen, wo ihm Transportarbeiter zu Hilfe kommen. Dennoch schießen die DDR-Grenzsoldaten weiter auf den Flüchtling, woraufhin zwei West-Berliner Polizisten das Feuer erwidern. Bei dem heftigen Schusswechsel wird der 21-jährige DDR-Grenzsoldat Peter Göring tödlich getroffen. Insgesamt geben die DDR-Grenzer 121 Schüsse ab.

Im August 1962 führt der qualvolle Tod des Peter Fechter die Monstrosität der Mauer aller Welt mit grausamer Deutlichkeit vor Augen. Mit einem Arbeitskollegen will der 18-jährige Maurergeselle in der Zimmerstraße, unmittelbar am Checkpoint Charlie, in den Westen fliehen. Beide haben den ersten Zaun bereits überklettert, als sie von Grenzposten entdeckt und nach Anruf beschossen werden. Insgesamt fallen 21 Schüsse. Während der Freund die Sperranlagen überklettern kann, bleibt Peter Fechter,



Nachdem hier mehreren DDR-Bürgern die Flucht gelungen ist, wird im Sommer 1962 die Grenzanlage am Spandauer Schiffschleusenkanal ausgebaut.

in Bauch und Rücken getroffen, unterhalb der Mauer auf östlicher Seite liegen. Die DDR-Grenzer machen keinerlei Anstalten, dem Verblutenden zu helfen. West-Berliner Polizisten können an den um Hilfe rufenden Fechter nicht herankommen, er liegt auf Ost-Berliner Gebiet. In ihrer Hilflosigkeit werfen sie dem Schwerverletzten Verbandspäckchen zu. Auch am Checkpoint Charlie diensttuende amerikanische Soldaten schrecken davor zurück, Ost-Berliner Gebiet zu betreten, um dem Verwundeten erste Hilfe zu leisten.

Auf der Westseite der Mauer sammeln sich Hunderte von West-Berlinern, die in ohnmächtiger Wut und Empörung die DDR-Grenzer beschimpfen und zur Hilfeleistung auffordern. Sie beschwören die Amerikaner einzugreifen. Vergeblich. In lauernder Starre stehen sie sich gegenüber – West-Polizisten, die nicht



Der Tod von Peter Fechter, der im August 1962 bei einem Fluchtversuch angeschossen wird und auf dem Mauerstreifen verblutet, löst eine Welle des Protests aus.